

Rückkehr-Prämien in der Kritik

Grüne zweifeln an Nachhaltigkeit des neuen Programms der Bundesregierung, Linke nennen es „schäbig“

VON KORDULA DOERFLER

An der Aufstockung der Finanzhilfen für die freiwillige Rückkehr von abgelehnten Asylbewerbern gibt es Kritik. Weil Abschiebungen langwierig und oft sehr teuer sind, verstärkt die geschäftsführende Bundesregierung ihre Anstrengungen, Asylbewerber dazu zu bewegen, freiwillig zu gehen.

Luise Amtsberg, flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, sieht vor allem die zeitliche Befristung des Programms des Bundesinnenministeriums skeptisch. „Eine zeitliche Befristung lässt den Rückschluss zu, dass es Thomas de Maizière nicht um eine grundsätzliche Verbesserung bei der freiwilligen Rückkehr geht, son-

dern um zahlenmäßige Effekthascherei“, teilte Amtsberg mit. Eine freiwillige Rückkehr sei einer Abschiebung aber vorzuziehen, „und es ist richtig, Menschen, die zurückkehren, finanziell zu unterstützen“, kommentiert Amtsberg weiter. Echte Freiwilligkeit sehe anders aus, sagte die Grünen-Politikerin den Zeitungen der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft.

Das Ministerium will Asylbewerber mit einer Extraprämie dazu bringen, Deutschland wieder zu verlassen. Ab sofort bis Ende Februar 2018 können freiwillige Rückkehrer zusätzliche Unterstützung bei der Ankunft in ihrer Heimat beantragen.

Die Innenpolitikerin der Linksfraktion im Bundestag, Ulla Jelpke, sagte, Flüchtlinge aus laudenden Verfahren herauszukau-

fen, sei „einfach nur schäbig.“ FDP-Fraktionsvize Wolfgang Kubicki verwies auf die Gelder und sagte: „Wer würde so etwas im Inland nicht auch gern in Anspruch nehmen?“ Andererseits müsse man sehen, dass auch die Kosten einer Abschiebung nicht geringer wären.

Nächste Abschiebung nach Kabul am Mittwoch

Finanzielle Förderprogramme für Rückkehrer gibt es schon seit Jahren, das größte davon wird von der Internationalen Organisation für Migration, einer Unterorganisation der Vereinten Nationen, im Auftrag von Bund und Ländern organisiert. Freiwillige können Zuschüsse für die Heim-

reise und auch Hilfe für den Start in ein neues Leben beantragen. Wer ausreist, ehe er einen negativen Asylbescheid bekommt, erhält mehr Geld. Wer bereits abgelehnt wurde und gefördert wird, muss sich dazu verpflichten, keine Rechtsmittel einzulegen. Im Jahr 2016 nahmen das 54 000 Menschen in Anspruch, immerhin mehr als doppelt so viele, wie abgeschoben wurden.

Weil die Zahl der Rückkehrer dennoch stark sinkt, gibt es seit diesem Jahr zusätzliche finanzielle Anreize über das Programm Starthilfe Plus, zudem wurde ein Onlineportal mit Informationen für Interessierte aufgebaut. Den Bonus, den die Bundesregierung nun für drei Monate bereitstellt, können Migranten nur dann beantragen,

wenn sie bei der Internationalen Organisation für Migration einen Reintegrationsplan vorlegen. „Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt!“, nennt sich das Programm. Familien können bis zu 3000 Euro zusätzlich an Hilfen für Miete oder Möbel erhalten, Einzelpersonen bis zu 1000 Euro.

Die Forderung der Unions-Innenminister von Sachsen und Bayern, den derzeit geltenden Abschiebestopp nach Syrien nur um ein halbes Jahr zu verlängern, stößt derzeit weiterhin auf Kritik. Einen entsprechenden Antrag wollen sie bei der Innenministerkonferenz (IMK) stellen, die am Donnerstag in Leipzig beginnt. Sie fordern eine Neubewertung der Sicherheitslage in Syrien, in der Hoffnung, dass dann Teile des Landes für sicher erklärt werden. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das scharf, auch die SPD ist empört. Aber auch aus dem CDU-geführten Bundesinnenministerium verlautet, dass baldige Abschiebungen nach Syrien kein Thema seien. Ebenfalls umstritten sind Abschiebungen nach Afghanistan. Am Mittwochabend, also einen Tag vor der IMK, soll erneut ein Flieger von Frankfurt Richtung Kabul starten. mit dpa



Wenn sie das Mittelmeer überleben, erwartet diese Flüchtlinge alles mögliche – nur keine Willkommenskultur.

ANGELOS TZORTZINIS / AFP

HILFE FÜR LIBYEN

Die Bundesregierung stellt 120 Millionen Euro zusätzlich für die Flüchtlingshilfe in Libyen bereit. Es gehe darum, „menschliches Leid zu lindern, das Land zu stabilisieren und die Regierung zu stärken“, sagte Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) am Montag. Die Situation der Flüchtlinge dort sei nach wie vor „dramatisch“. Schätzungen zufolge sitzen zwischen 400 000 und eine Million Migranten unter elendesten Bedingungen in dem Land fest. dpa

Weltweite Kampagne für Freizügigkeit

Leoluca Orlando wirbt in Deutschland für die „Charta von Palermo“, um das System des Aufenthaltsrechts zu beenden

VON PITT VON BEBENBURG

Leoluca Orlando lässt es nicht an kraftvollen Worten fehlen, wenn er für das „Menschenrecht auf Freizügigkeit“ streitet. „Das System der Aufenthaltsgenehmigungen ist die neue Sklaverei“, wettet der langjährige Bürgermeister von Palermo dann, „es ist für viele die Todesstrafe.“

Vor gut zwei Jahren hat der Sizilianer die „Charta von Palermo“ auf den Weg gebracht. „Kein Mensch hat den Ort, an dem er geboren wird, ausgesucht“, heißt es darin. „Jeder Mensch hat den Anspruch darauf, den Ort, an dem er leben, besser leben und nicht sterben möchte, frei zu wählen.“ Weltweit wirbt Leoluca Orlando, der im August 70 Jahre alt wurde, um Unterstützer für seine Charta. So schlug sich

Papst Franziskus auf Orlandos Seite. „Ich bekunde Ihnen meine Bewunderung und meine Dankbarkeit für Ihren klugen und mutigen Vorschlag im Sinne der Brüder und Schwestern, die geflüchtet sind“, schrieb der Papst an den Bürgermeister. Wenn Leoluca Orlando heute seine Charta verteilt, legt er das Schreiben von Franziskus bei.



Leoluca Orlando ist Bürgermeister von Palermo und kämpft für seine Charta. PTT

Der Mann aus Palermo trat für sein Vorhaben auf, als sich im September im norwegischen Stavanger erstmals das Weltparlament der Bürgermeister versam-

melte. Am Wochenende trug er beim Friedensratschlag in Kassel seine Ideen vor und am Montag bei der Linken-Fraktion im Hessischen Landtag in Wiesbaden.

Die Linken hatten Orlando schon 2015 bei einer Reise nach Palermo ihrer Unterstützung versichert. Ihr damaliger Ko-Fraktionsvorsitzender Willi van Ooyen, der mittlerweile sein Mandat im Landtag abgegeben hat, weiß allerdings auch, dass selbst in seiner eigenen Partei viele die Forderung nach offenen Grenzen nicht teilen. Die Linke sei sich aber „einig, dass das Mittelmeer nicht zum Massengrab werden darf“, erklärt die inzwischen alleinige Fraktionschefin Janine Wissler. „Wir diskutieren, was der beste Weg dazu ist.“

Der parteilose Orlando regiert eine Mittelmeer-Stadt, in

der Zehntausende Flüchtlinge gestrandet sind und viele Leichen angeschwemmt wurden von Menschen, die bei der Flucht ertrunken sind. Orlando erhebt seine Stimme: „Wir können unseren Enkeln nicht sagen, wir hätten nicht gewusst, was passiert – so wie es unsere Eltern und Großeltern beim Nazi-Faschismus in Deutschland und Italien gemacht haben.“

In der kommenden Woche will er den Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europaparlaments, Jean-Claude Juncker und Antonio Tajani, in einem Brief einen konkreten Vorschlag unterbreiten – der das Sterben verhindern soll, auch wenn noch das System der Aufenthaltsgenehmigungen gilt. Die Europäische Union solle erlauben, dass Menschen aus Syrien

und anderen Krisenregionen mit einem Flugticket direkt in eine europäische Stadt fliegen und hier ihr Asylbegehren prüfen lassen. „Warum zwingen wir sie, Kriminelle zu bezahlen?“, fragt Orlando.

Palermo mit seinen rund 700 000 Einwohnern ist für den Bürgermeister ein Beispiel dafür, dass der Zuzug zahlreicher Flüchtlinge eine Stadt bereichern kann – auch kulturell. Im Jahr 2018 präsentiert sich die sizilianische Hauptstadt als „italienische Kulturhauptstadt“.

Auch politisch könne eine flüchtlingsfreundliche Haltung Früchte tragen, ist Orlando überzeugt und nennt seine eigene Karriere als Beispiel. Im Juni wurde der langjährige Anti-Mafia-Kämpfer zum fünften Mal zum Stadtoberhaupt gewählt.